

Fragen

für die Fragestunde der 233. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 17. April 2013

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Barnett, Doris (SPD)	17, 18	Kolbe, Manfred (CDU/CSU)	23, 24
Behm, Cornelia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	41, 42	Dr. h. c. Koppelin, Jürgen (FDP)	48, 49
Behrens, Herbert (DIE LINKE.)	44, 45	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	50, 51
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	25, 37	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 40
Brase, Willi (SPD)	63, 64	Dr. Mützenich, Rolf (SPD)	9, 10
Burchardt, Ulla (SPD)	61, 62	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28, 29
Cramon-Taubadel, Viola von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7, 8	Dr. Ott, Hermann E. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16, 55
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	11, 32	Dr. Rossmann, Ernst Dieter (SPD)	35, 36
Gerdes, Michael (SPD)	59, 60	Schieder, Marianne (Schwandorf) (SPD)	57, 58
Hagemann, Klaus (SPD)	65	Schulz, Swen (Spandau) (SPD)	66, 67
Herlitzius, Bettina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	43	Dr. Schwanholz, Martin (SPD)	4, 5
Herzog, Gustav (SPD)	46, 47	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	33, 34
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6, 56	Steiner, Dorothea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	54
Dr. Höll, Barbara (DIE LINKE.)	19, 20	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 31
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	38, 39	Tiefensee, Wolfgang (SPD)	2, 3
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	12, 26	Dr. Troost, Axel (DIE LINKE.)	21, 22
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	27, 30	Dr. Wilms, Valerie (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	52, 53
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	68		
Koenigs, Tom (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13, 14		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	3
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	18

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft
und Technologie**

1. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wann wird die Verordnung zur Markttransparenzstelle für Kraftstoffe – die u. a. eine Smartphone-App zur Echtzeitanzeige der Spritpreise an den Tankstellen beinhaltet – vollständig umgesetzt werden, und woraus resultiert die Verzögerung?
2. Abgeordneter
**Wolfgang
Tiefensee**
(SPD) Welche Ergebnisse hat die im Oktober 2011 vom Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Dr. Philipp Rösler, angekündigte „Allianz für Wachstum“ zum Ausbau der deutsch-griechischen Handelsbeziehungen hervorgebracht, und mit welchen Maßnahmen hat die Bundesregierung auf bilateraler Ebene und mit Initiativen auf EU-Ebene seither die Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft und anderer wirtschaftlich angeschlagener EU-Staaten unterstützt?
3. Abgeordneter
**Wolfgang
Tiefensee**
(SPD) Teilt das Bundeswirtschaftsministerium die von der Europäischen Zentralbank (EZB) in ihrem aktuellen Monatsbericht getroffene Einschätzung, dass erhöhte Risiken für eine rasche Konjunkturerholung im Euroraum bestehen, und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um dieser Entwicklung gegenzusteuern?
4. Abgeordneter
**Dr. Martin
Schwanholz**
(SPD) Wie viele Wasserbetriebe und Gesundheitsdienste (hier insbesondere Krankenhäuser und Altenheime) in Deutschland, die sich nach aktuellem Stand bereits für eine Einbindung privater Partner entschieden haben, werden nach Kenntnis der Bundesregierung als Konsequenz der europäischen Richtlinie über die Konzessionsvergabe und daraus notwendiger Umstrukturierungen von (teil-)öffentlich getragenen Einrichtungen zukünftig zur Ausschreibung verpflichtet sein, und welche Mehrkosten für die Kommunen im Bereich Daseinsvorsorge sind hieraus nach Kenntnis der Bundesregierung zu erwarten?
5. Abgeordneter
**Dr. Martin
Schwanholz**
(SPD) Wie ist der aktuelle Stand der Trilogverhandlungen, besonders bezüglich gelöster Kontroversen und noch offener Diskussionspunkte, und wann ist mit Ergebnissen zu rechnen?

6. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hat sich die Stromerzeugung aus Braunkohle und Steinkohle im ersten Quartal 2013 im Vergleich zum Vorjahresquartal entwickelt, und welche zusätzlichen CO₂-Emissionen sind dadurch gegenüber dem ersten Quartal 2012 entstanden?
7. Abgeordnete
Viola von Cramon-Taubadel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Anerkennt die Bundesregierung, dass gemäß Artikel 19 i. V. m. Artikel 1 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 978/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über ein Schema allgemeiner Zollpräferenzen und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 732/2008 des Rates bei Verstößen gegen wesentliche Übereinkommen der Vereinten Nationen und der IAO [Internationale Arbeitsorganisation] zu Menschenrechten und Arbeitnehmerrechten (Anhang VIII Teil A der Verordnung) nicht nur Zollpräferenzen nach der Sonderregelung (APS+), sondern auch solche nach der allgemeinen Regelung (APS) vorübergehend zurückgenommen werden können, und anerkennt sie, dass bei Verstößen gegen die genannten wesentlichen Übereinkommen, die vorübergehende Rücknahme unabhängig davon zu prüfen ist, ob das Land tatsächlich finanziell von den gewährten Zollpräferenzen profitiert, da allein die Listung als APS-begünstigtes Land (Anhang II) zu einem Imagegewinn des Landes führt?
8. Abgeordnete
Viola von Cramon-Taubadel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Voraussetzungen müssen vorliegen, damit die Bundesregierung sich bei Verstößen gegen die genannten wesentlichen Übereinkommen auf EU-Ebene für eine vorläufige Rücknahme einsetzt, und wird sich die Bundesregierung angesichts des systematischen Einsatzes von Zwangs- und Kinderarbeit in Usbekistans Baumwollwirtschaft, der gegen die ILO-Übereinkommen 138, 182, 29 und 105 sowie gegen Artikel 22 der UN-Konvention über die Rechte des Kindes verstößt, mithin gegen wesentliche Übereinkommen der UN und der ILO zu Menschenrechten und Arbeitgeberrechten, proaktiv bei der Europäischen Kommission dafür einsetzen, die vorübergehende Rücknahme von Zollpräferenzen für Usbekistan gemäß Artikel 19 der oben genannten Verordnung (EU) Nr. 978/2012 zu prüfen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

9. Abgeordneter
Dr. Rolf Mützenich
(SPD) Beurteilt die Bundesregierung die arabische Halbinsel als Spannungsgebiet, und wenn nein, warum nicht?
10. Abgeordneter
Dr. Rolf Mützenich
(SPD) Ist die Bundesregierung der Ansicht, dass die Lieferung von hochmodernen Kampfpanzern Leopard 2 A7+ zur Entspannung der sicherheitspolitischen Lage auf der arabischen Halbinsel beiträgt?
11. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.) Welche Bemühungen hat die libanesische Regierung nach Kenntnis der Bundesregierung bislang unternommen, um „den illegalen Transfer von Waffen oder Personal“ über die syrische Grenze zu den Aufständischen in Syrien zu unterbinden, und in welcher Form haben die Bundesregierung – wie von der Bundesregierung in der Antwort auf meine Mündliche Frage 35 (Plenarprotokoll 17/230, Anlage 22) behauptet – oder die Bundeswehr diese Maßnahmen unterstützt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

12. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.) Welche neueren Ergebnisse zeitigte die Untersuchung von „Zusammenarbeitsformen zwischen Landes- und Bundesbehörden sowie weiteren Akteuren“ innerhalb des „Kompetenzzentrums Informationstechnische Überwachung“ (CC ITÜ), die nach Auskunft der Bundesregierung in ihrer Antwort zu Frage 19 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 17/11239 vor einem halben Jahr als „nicht abgeschlossen“ beauskunftet wurde, und welche Beteiligten, Auftragnehmer oder sonstigen Stellen sind dort mit der Entwicklung oder Bereitstellung von Software befasst (bitte auch den Einsatzzweck der Software mitteilen und ihre Funktionsweise in groben Zügen skizzieren)?

13. Abgeordneter
Tom Koenigs
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit kann die Bundesregierung beim Export von Überwachungs- und Zensurtechnologie und bei der Schulung ausländischer Sicherheitsbehörden sicherstellen, dass die Empfänger damit keine Menschenrechtsverletzungen begehen (wie im Falle des kirgisischen Geheimdienstes, der durch das Bundeskriminalamt ausgestattet wurde – vgl. www.spiegel.de/politik/deutschland/bka-lieferte-ueberwachungstechnik-fuer-regime-in-kirgisien/)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

14. Abgeordneter
Tom Koenigs
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Weshalb hat es die Bundesregierung versäumt, die EU-Richtlinie 2011/36/EU zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer fristgerecht umzusetzen (vgl. www.heute.de/Menschenhandel-blueht-und-nichtspassiert-27332500.html), und inwieweit gedenkt die Bundesregierung den Umsetzungsprozess zu beschleunigen?
15. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung nach der Einigung des Koalitionsausschusses am 21. März 2013 auf eine Begrenzung von Manager-Vergütungen durch Änderung des Aktienrechts einen Regelungsvorschlag vorlegen, der – weil über 60 Prozent aller Anleger Finanzinstitutionen sind, welche bisher die hohen Vergütungen eher forcierten statt reduzierten (www.faz.net/aktuell/finanzen/aktien/internationale-anlegerschaft-ausverkauf-der-deutschland-ag-1637572.html) – sich nicht unzureichend darin erschöpft, diese auf den Hauptversammlungen darüber entscheiden zu lassen sowie § 120 Absatz 4 des Aktiengesetzes verbindlich zu gestalten, und teilt die Bundesregierung meine Auffassung, dass stattdessen das Gesetz selbst die Höchstgrenzen vorgeben sollte (wie z. B. § 5 Absatz 2 Nummer 4a der Finanzmarktstabilisierungsfonds-Verordnung auf 500 000 Euro) und ähnlich dieser Norm außerdem durch Ergänzung des § 97 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen zumindest alle diejenigen Unternehmen, welche öffentliche Aufträge erhalten wollen, die Gehälter ihrer Manager so begrenzt halten müssen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

16. Abgeordneter
Dr. Hermann E. Ott
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann ist mit dem „Bewirtschaftungsschreiben“ des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) zum Energie- und Klimafonds zu rechnen, das üblicherweise Ende Dezember/Anfang Januar vorliegt und spätestens für Ende März 2013 vorgesehen war, und wie bewertet die Bundesregierung das Nichtvorliegen des Berichts angesichts dessen, dass die Fachressorts ihre für 2013 geplanten Programme erst starten können, wenn das „Bewirtschaftungsschreiben“ des BMF vorliegt und dies faktisch einen Förderstopp für die Programme bedeutet, die nicht auf rechtlich bindenden Zusagen aus den letzten Jahren beruhen?
17. Abgeordnete
Doris Barnett
(SPD)
- Wann wird die Bundesregierung über eine Fortführung der aus den Mitteln des Energie- und Klimafonds finanzierten Programme entschieden haben, und welche finanzielle Höhe werden die jeweiligen Titel endgültig haben?
18. Abgeordnete
Doris Barnett
(SPD)
- Welche Auswirkungen werden die momentan extrem niedrigen Preise für CO₂-Zertifikate bezüglich der finanziellen Ausgestaltung auf den Energie- und Klimafonds haben, und gedenkt die Bundesregierung etwas gegen diese niedrigen Preise der Zertifikate zu unternehmen?
19. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 28. Februar 2013 (C-425/11), hinsichtlich der steuerlichen Behandlung von Grenzgängerinnen und Grenzgängern, und sieht die Bundesregierung diesbezüglich die Notwendigkeit einer Anpassung von Gesetzen oder Doppelbesteuerungsabkommen?
20. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)
- Kann die Günstigerprüfung im Rahmen der Abgeltungsteuer nach § 32d Absatz 6 des Einkommensteuergesetzes (EStG) auch in den Fällen einer beschränkten Steuerpflicht in Anspruch genommen werden, und bis zu welchem Zeitpunkt kann verfahrenstechnisch, differenziert nach Pflicht-, Antragsveranlagung sowie Korrekturen der Veranlagung, noch die Regelbesteuerung nach § 32d Absatz 6 EStG im Rahmen einer Veranlagung beansprucht werden?

21. Abgeordneter
Dr. Axel Troost
(DIE LINKE.)
- Stimmt die Bundesregierung den Schätzungen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie zu, wonach entgegen der Antwort auf meine Mündliche Frage 39, Plenarprotokoll 17/227, Anlage 28, das jährliche gesamtwirtschaftliche Steuermehraufkommen aus der kalten Progression für 2014 3,7 Mrd. Euro und für 2015 5,3 Mrd. Euro beträgt, und stimmt die Bundesregierung damit überein, dass das Steuermehraufkommen aus der kalten Progression in 2013 nach der Anhebung des Grundfreibetrags noch bei 1,2 Mrd. Euro liegt (vgl. WELT ONLINE vom 8. April 2013)?
22. Abgeordneter
Dr. Axel Troost
(DIE LINKE.)
- Wie sind Verluste aus Einlagen bei zypriotischen Kreditinstituten von in Deutschland Steuerpflichtigen einkommensteuerlich zu behandeln, die aus der Rekapitalisierung oder Abwicklung dieser Institute resultieren, und mit welchen Steuermindereinnahmen rechnet die Bundesregierung diesbezüglich?
23. Abgeordneter
Manfred Kolbe
(CDU/CSU)
- In welcher Höhe hat sich das deutsche Haftungsrisiko von rd. 350 Mrd. Euro aus den Euro-Rettungspaketen und rd. 400 Euro aus TARGET-Verbindlichkeiten bis heute bereits realisiert bzw. wird sich bis Ende 2013 realisieren?
24. Abgeordneter
Manfred Kolbe
(CDU/CSU)
- Wie will die Bundesregierung im Ernstfall ohne einen Rückgriff auf inländische Spareinlagen diese Haftung finanzieren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

25. Abgeordnete
Veronika Bellmann
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung beim Bezug von Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) die Anrechnung von Aufwandsentschädigungen für ehrenamtlich tätige Angehörige der Freiwilligen Feuerwehren als Einkommen und das Einbeziehen deren Bedarfsgemeinschaften in die Leistungsberechnung, und wie schätzt die Bundesregierung die Wirkung des Urteils des Bundessozialgerichts vom 26. Mai 2011 (Az.: B 14 AS 93/10 R) auf das ehrenamtliche Engagement von SGB-II-Empfängern in Freiwilligen Feuerwehren ein?

26. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Inwiefern sieht die Bundesregierung ein Problem in der zu geringen deutschen Lohnentwicklung im Verhältnis zur Produktivitätsentwicklung und einer Inflationsrate im Einklang mit dem Preisziel der EZB (vgl. www.boeckler.de/42599_42614.htm), und inwiefern befürwortet sie eine deutsche Lohnentwicklung nach dem Vorbild Frankreichs, die die von EZB-Präsident Mario Draghi kritisierten Wettbewerbsnachteile und damit auch Ungleichgewichte in Europa reduzieren würde?
27. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Wie begründet die Bundesregierung die geplante Einstellung (vgl. Frankfurter Rundschau, 27. März 2013) des Bundesprogramms Europäischer Sozialfonds zur Arbeitsmarktintegration von Bleibeberechtigten und Flüchtlingen im Hinblick auf die Gruppe der Roma, die besonders von dem Programm profitieren konnten (Programmevaluation der Johann Daniel Lawaetz-Stiftung, März 2013), und inwieweit trägt der Verweis der Bundesregierung (vgl. die Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten Raju Sharma vom 11. März 2013 auf Bundestagsdrucksache 17/13046) auf ein geplantes neues Programm im Kontext des Anerkennungsgesetzes bei Roma-Flüchtlingen, die häufig wenig oder gering qualifiziert sind und deshalb nach Einschätzung der Fragestellerin hiervon kaum profitieren werden?
28. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Beschuldigung der belgischen Regierung, Belgiens Schlachthöfe würden durch Billiglöhne in Deutschland in den Konkurs getrieben (frontal21.zdf.de vom 9. April 2013, Dumpinglöhne), und sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit zu handeln, insbesondere mit Blick auf Subunternehmertum und Werkverträge?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

29. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann werden in diesem Jahr die Daten des Deutschen Instituts für Medizinische Dokumentation und Information zum Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung in 2012 präsentiert?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

30. Abgeordnete
**Ulla
Jelpke**
(DIE LINKE.)
- Trifft es zu, wie von der „OSTSEE ZEITUNG“ am 18. März 2013 gemeldet (Bundeswehr tarnt Dienstwagen), dass aufgrund vermehrter Brandanschläge und Übergriffe auf Dienstfahrzeuge der Bundeswehr diese künftig ein neutraleres Erscheinungsbild führen und nicht mehr als Militärfahrzeuge erkennbar sein sollen, und wie hat sich die Zahl der Brandanschläge und sonstigen Übergriffe auf Fahrzeuge der Bundeswehr in Deutschland seit dem Jahr 2010 entwickelt?
31. Abgeordneter
**Hans-Christian
Ströbele**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung nunmehr die aktuelle Sicherheitslage im Norden Afghanistans im Verantwortungsbereich der Bundeswehr, nachdem diese aus der Provinz Badakhshan erst vor wenigen Monaten mit dem Hinweis, die Afghanen könnten dort allein für Sicherheit sorgen, zurückgezogen, jetzt aber Ende März 2013 die sogenannte Partnering Advisory Task Force aus Masar-i-Sharif und Kunduz zurückverlegt wurde, um die afghanische Armee bei der Abwehr von heftigen Übergriffen von Taliban-Milizen, aber auch von kriminellen Drogenschmugglern zu unterstützen, und nachdem die Verluste der internationalen Streitkräfte zwar leicht rückläufig sind, aber die der Afghanen in höherem Maße dramatisch anstiegen und deshalb deutliche Zweifel an der Machbarkeit des Abzugsplans der NATO und der Bundeswehr bis Ende 2014 aufgekomen (vgl. SPIEGEL ONLINE vom 29. März 2013 „Nordostafghanistan: Bundeswehr kehrt in umkämpftes Gebiet zurück“), und teilt sie meine Auffassung, dass glaubwürdiger Werbung für friedliche Lösungen in Afghanistan entgegensteht, wenn die Bundesregierung NATO-Luftangriffe wie zuletzt Anfang April 2013 in der Provinz Kunar, bei denen immer wieder zahlreiche Zivilisten (Kinder und Frauen) getötet werden, sowie die offensive Aufstandsbekämpfung durch Kommandoaktionen und gezielte Tötungen bis zuletzt mitträgt?
32. Abgeordnete
**Sevim
Dağdelen**
(DIE LINKE.)
- Warum hat es die Bundesregierung nicht für nötig befunden, vor dem Treffen des Bundesministers der Verteidigung mit dem malischen Kommandierenden des EU-Trainings-Camps in Koulikoro, in dem Angehörige der Bundeswehr und der EUTM Mail stationiert werden sollen, Informationen zu dessen möglicher Beteiligung am Putsch vom März 2012 einzuholen (vgl. Antwort auf meine Schriftliche Frage vom 28. März 2013 auf Bundestagsdrucksache 17/13046), und welche Maßnahmen sind auf euro-

päischer wie auf nationalstaatlicher Ebene vorgesehen, um zu verhindern, dass im Rahmen der Mission EUTM Mali im Allgemeinen und durch die Bundeswehr im Speziellen keine malischen Soldaten und Einheiten aus- und fortgebildet werden, die sich in der Vergangenheit an Militärputschen, Übergriffen auf die Zivilbevölkerung und Folterungen, wie sie u. a. im Zuge der französischen Intervention berichtet wurden (s. www.hrw.org/africa/mali), beteiligt haben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

33. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Wie hoch sind die Zuführungen des Bundes, der Firma Grüenthal GmbH bzw. der Familie Wirtz sowie sonstiger Zustifter an die Conterganstiftung für behinderte Menschen in den Jahren 2010 bis 2013 (Plan) – bitte detailliert nach Jahren und Zahlenden aufschlüsseln?
34. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Wann hat die Bundesregierung in der 17. Wahlperiode Gespräche mit der Firma Grüenthal GmbH oder der Familie Wirtz mit dem Ziel geführt, weitere finanzielle Beteiligungen der für den Contergan-skandal Verantwortlichen an den Aufwendungen der Conterganstiftung zu vereinbaren, und welche Ergebnisse wurden dabei erzielt?
35. Abgeordneter
Dr. Ernst Dieter Rossmann
(SPD)
- Auf welcher empirisch-wissenschaftlichen oder statistischen Grundlage hat die Bundesregierung über die Einführung des mit dem Betreuungsgeld verbundenen „Bildungssparbonus“ entschieden?
36. Abgeordneter
Dr. Ernst Dieter Rossmann
(SPD)
- Welche Summe stünde den Anspruchsberechtigten eines Bildungssparbonus des Betreuungsgeldes bei voller Ausschöpfung am Ende zur Verfügung, und wie hoch wäre an dieser Summe der staatliche Förderanteil?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

37. Abgeordnete
**Veronika
Bellmann**
(CDU/CSU)
- In welchen Fällen ist gemäß den §§ 5 und 6 Absatz 4 der Verwaltungsvereinbarung im Sinne des Artikels 52 Absatz 2 Satz 4 des Pflege-Versicherungsgesetzes in Verbindung mit Artikel 104a Absatz 4 des Grundgesetzes ein Erstattungsanspruch des Bundes gegenüber dem jeweiligen ostdeutschen Bundesland entstanden, und inwiefern haben sich die ostdeutschen Bundesländer ihrerseits bei den Trägern von Investitionsvorhaben/Zuwendungsempfängern beispielsweise bei beabsichtigtem Verkauf der betreffenden Pflegeeinrichtungen Sicherheiten, bitte nach Art und Umfang getrennt ausweisen, einräumen lassen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung**

38. Abgeordneter
**Dr. Anton
Hofreiter**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Erhalten die Rechtsanwälte des Bundes in den Schiedsverfahren zwischen Bund und der Toll Collect GmbH Bonuszahlungen, und wenn ja, welche Leistungen oder Vorgaben müssen die Anwälte erfüllen, um Bonuszahlungen zu erhalten?
39. Abgeordneter
**Dr. Anton
Hofreiter**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchem Etat würde bzw. wird diese Vergütung der Anwälte bestritten, und in welcher Höhe liegt sie jeweils?
40. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Um welchen Betrag wird nach derzeitigem Kenntnisstand der Kostenrahmen in Höhe von 152,9 Mio. Euro für die durch den Braunkohlentagebau Hambach bedingte Verlegung der A 4 überschritten, und wie werden die Gesamtkosten zwischen dem Bund und dem Bergbautreibenden als Verursacher der Autobahnverlegung genau aufgeteilt?

41. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch sind die EU-Finanzmittel, die laut Presseberichten der „Schweriner Volkszeitung“ vom 10. April 2013 nicht mehr für die A 14 eingeplant werden können, sondern nun nach Thüringen abfließen, und wird die Bundesregierung in dieser Höhe Gelder zur Verfügung stellen, um die Finanzierung des gesamten Projektes abzusichern?
42. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Seit wann ist der Bundesregierung bekannt, dass die EU-Gelder nicht mehr für die A 14 zur Verfügung stehen, und wird das Gesamtprojekt angesichts der Tatsache, dass laut Presseberichten vom 10. April 2013 für bisher nur 45 km der 156 km langen Trasse Baurecht besteht und der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Peter Ramsauer, in seiner Rede zum Verkehrsetat am 14. September 2012 (vgl. Plenarprotokoll 17/193) für „Instandhaltung vor Neubau“ plädierte, nunmehr eine nachrangige Priorität erhalten?
43. Abgeordnete
Bettina Herlitzius
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Werden neue Vorhaben im Programm der KfW Bankengruppe Energetische Stadtsanierung derzeit in geplanter Höhe und Zeit bewilligt, bzw. inwieweit ergeben sich durch das noch ausstehende Bewirtschaftungsschreiben zum Energie- und Klimafonds bereits Verzögerungen oder ein Stopp bei den Bewilligungen neuer Vorhaben?
44. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
- Auf welcher rechtlichen Grundlage können nach Kenntnis der Bundesregierung die im Dezember 2012 von der Europäischen Kommission genehmigten staatlichen Zuschüsse an die Flughafen Berlin Brandenburg GmbH (FBB) in Höhe von 1,2 Mrd. Euro um weitere 800 Mio. Euro ohne erneutes Notifizierungsverfahren aufgestockt werden – wie dies am 9. April 2013 der „BERLINER MORGENPOST“ zu entnehmen war –, und welche den im Dezember 2012 positiv beschiedenen Antrag auf einen Gesellschafterzuschuss ergänzenden Angaben müssten ggf. gegenüber der Europäischen Kommission gemacht werden?
45. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
- Auf welche Bereiche konzentriert sich die Bestandsaufnahme des Technikgeschäftsführers der FBB, Horst Amann, welche im Sommer dieses Jahres abgeschlossen werden soll (bitte einzeln nach Problemfeldern ausführen), und welche Empfehlung hat der Technikgeschäftsführer in Bezug auf eine vorzeitige

Sanierung der Nordbahn des Flughafens BER auf der Aufsichtsratssitzung der FBB am 12. April 2013 abgegeben, sofern diese Thematik auf dieser Sitzung gegenständlich war (bitte auch die Begründung des Technikgeschäftsführers ausführen)?

46. Abgeordneter
Gustav Herzog
(SPD)
- Ist die von der Bundesregierung vorgenommene Kategorisierung der Bundeswasserstraßen in A, B, C und sonstige Wasserstraßen bereits Grundlage ihrer verkehrspolitischen Entscheidungen, und wenn ja, wann legt die Bundesregierung eine flusskilometergenaue Kategorisierung samt detaillierter Begründung vor, warum der jeweilige Flussabschnitt in die jeweilige Kategorie eingeteilt wird?
47. Abgeordneter
Gustav Herzog
(SPD)
- Verzichtet die Bundesregierung bei der Grundkonzeption für den Bundesverkehrswegeplan 2015 auf eine Netzzustands- und Netzmängelanalyse für die Bundeswasserstraßen (bitte begründen), und auf welcher Grundlage sollen investitionspolitische Schwerpunkte abgeleitet werden, wenn für die Bundeswasserstraßen – im Gegensatz zu den Verkehrsträgern Straße und Schiene – weder eine Netzzustandsanalyse noch eine Netzmängel- oder Engpassanalyse vorliegt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

48. Abgeordneter
Dr. h. c. Jürgen Koppelin
(FDP)
- Treffen Medienberichte zu, nach denen das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit für Abfall aus Wiederaufbereitungsanlagen den Standort Brunsbüttel als Zwischenlagerstandort vorgesehen hat (sh:z Schleswig-Holsteinscher Zeitungsverlag GmbH & Co. KG, Dithmarscher Landeszeitung vom 10. April 2013)?
49. Abgeordneter
Dr. h. c. Jürgen Koppelin
(FDP)
- Wenn ja, wie viele Castor-Behälter aus Wiederaufbereitungsanlagen sind für den Zwischenlagerstandort Brunsbüttel vorgesehen, und ab welchem Zeitpunkt?

50. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie erklärt die Bundesregierung, dass bei den ihr bekannten Untersuchungen und Überwachungsmaßnahmen (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 17/10548) nicht aufgefallen ist, dass es noch weitestgehend intakte bis intakte Atommüllfässer auf dem Boden des Ärmelkanals gibt (vgl. Recherchen von Reportern des Südwestrundfunks, z. B. ARD-Tagesthemen am 11. April 2013; bitte mit ausführlicher Erläuterung), und befürwortet sie aufgrund dieser Rechercheergebnisse eine rasche umfassende Untersuchung seitens oder unter Mitwirkung von Deutschland, welche Atommüllfässer auf dem Boden des Ärmelkanals weitestgehend intakt bis intakt sind (bitte ebenfalls mit ausführlicher Begründung)?
51. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Fragestellerin, dass weitestgehend intakte bis intakte Atommüllfässer vom Boden des Ärmelkanals geborgen werden sollten, um einer Freisetzung ihres Inventars in die Biosphäre vorzubeugen (bitte mit ausführlicher Begründung), und teilt sie ebenfalls die Auffassung der Fragestellerin, dass etwaige rechtliche Regelungslücken hierfür kein Grund sein dürfen, von einer solchen Bergung abzusehen (bitte ebenfalls mit ausführlicher Begründung)?
52. Abgeordnete
**Dr. Valerie
Wilms**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der internationalen Konferenz zur Vermeidung und zum Management von Müll in europäischen Gewässern, der International Conference on Prevention and Management of Marine Litter in European Seas, die vom 10. bis 12. April 2013 in Berlin stattfand?
53. Abgeordnete
**Dr. Valerie
Wilms**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung in Bezug auf die weltweite Zunahme von Plastikmüll in den Weltmeeren, und wie wirkt sie auf europäischer/internationaler Ebene an der Reduzierung des Mülls mit (bitte Maßnahmen benennen)?
54. Abgeordnete
**Dorothea
Steiner**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Ergebnisse der International Conference on Prevention and Management of Marine Litter in European Seas konkret ergreifen, um die Verschmutzung der Meere durch Plastikmüll zu bekämpfen, und wird sie die Ergebnisse der

Konferenz nutzen, um, wie in der Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Auswirkungen von Mikroplastikpartikeln, Gift- und Kunststoffen in Kosmetikprodukten und Kleidung auf Umwelt und Gesundheit“ (Bundestagsdrucksache 17/11736) angekündigt, speziell gegen Mikroplastik in Gewässern vorzugehen?

55. Abgeordneter
Dr. Hermann E. Ott
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Ergebnis der Abstimmung im EU-Parlament zur Reform des Emissionshandels, und welchen Einfluss hatte der Appell der Evangelischen Kirche Deutschlands und des Kommissariats der deutschen Bischöfe, mit dem sie die Bundesregierung dazu aufgefordert haben, der Reform des Emissionshandels zuzustimmen, und gleichzeitig ihre Sorge gegenüber „den Lebensbedingungen künftiger Generationen sowie der Bewahrung der Schöpfung“ (siehe beispielsweise „Heilige Allianz für den Klimaschutz“, Süddeutsche Zeitung vom 11. April 2013, S. 8) zum Ausdruck brachten?
56. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hat sich der CO₂-Preis im ersten Quartal 2013 im Vergleich zum Vorjahresquartal entwickelt, und sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen dem Einbruch des CO₂-Preises und der Ausweitung der Kohleverstromung?
57. Abgeordnete
Marianne Schieder
(Schwandorf)
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung vor dem Hintergrund der allgemein anerkannten Bedeutung von Wissenschaft, Forschung und Innovation die Tatsache, dass Unternehmen wie Hähnchenmastanlagen bei der Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz entlastet werden, nicht jedoch die deutschen Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

58. Abgeordnete
Marianne Schieder
(Schwandorf)
(SPD)
- Welche Rolle spielen die absehbaren Stromkosten bei der Konzipierung von neuen Forschungsinfrastrukturen, und welche Ansätze verfolgt die Bundesregierung, um bereits frühzeitig Einsparpotentiale und damit Kostenvorteile zu realisieren?

59. Abgeordneter
Michael Gerdes
(SPD) Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Ausgaben der Leibniz-Gemeinschaft und der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren e. V., Forschungsbereich Energie seit dem Jahr 2010 inflationsbereinigt entwickelt?
60. Abgeordneter
Michael Gerdes
(SPD) Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Ausgaben der Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V. und der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V., Forschungsbereich Energie seit dem Jahr 2010 inflationsbereinigt entwickelt?
61. Abgeordnete
Ulla Burchardt
(SPD) Mit welchen Energiekosten rechnet die Bundesregierung für die Projekte ITER und Wendelstein 7-X pro Jahr?
62. Abgeordnete
Ulla Burchardt
(SPD) Mit welchen Stromkosten rechnet die Bundesregierung für die Großforschungsprojekte XFEL, FAIR pro Jahr?
63. Abgeordneter
Willi Brase
(SPD) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse dahingehend vor, von welchen Anbietern die außeruniversitären Forschungseinrichtungen Strom beziehen, und falls ja, von wem beziehen sie ihren Strom?
64. Abgeordneter
Willi Brase
(SPD) Welche Energieeinsparpotentiale sieht die Bundesregierung insbesondere im Bereich der Großgerätforschung, und welche Maßnahmen unterstützt die Bundesregierung, um diese Potentiale auszuschöpfen?
65. Abgeordneter
Klaus Hagemann
(SPD) Welche einzelnen Verbesserungen beabsichtigt die Bundesregierung nach der Ankündigung der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Prof. Dr. Johanna Wanka, das BAföG ausweiten zu wollen – unter Angabe der jeweiligen Zahl der Begünstigten, der jeweiligen Mehraufwendungen, des intendierten Zeitpunktes des Inkrafttretens und des jeweiligen Kostenträgers – noch in der laufenden Legislaturperiode, insbesondere auch im Hinblick auf den vom Deutschen Studentenwerk e. V. geforderten

automatischen Inflationsausgleich, zu beschließen, und wie hoch war beim BAföG jeweils der Mittelabfluss der Titel 632 51, BAföG – Zuschüsse an Studierende und 661 50, BAföG – Zinszuschüsse und Erstattung von Darlehensausfällen an die Kreditanstalt für Wiederaufbau im ersten Quartal 2011, im ersten Quartal 2012 und im ersten Quartal 2013 (jeweils zum Stichtag 31. März)?

66. Abgeordneter
Swen Schulz
(Spandau)
(SPD)
- Welche Initialkonzepte sind zum Stichtag im Rahmen des Förderprogramms „Zwanzig20 – Partnerschaft für Innovation“ beim Bundesministerium für Bildung und Forschung eingegangen (nach Ländern und Branchen gegliedert)?
67. Abgeordneter
Swen Schulz
(Spandau)
(SPD)
- Aus welchem/welchen Haushaltstitel/-titeln des Einzelplans 30 wird das Programm gegenwärtig finanziert, und welche Vorkehrung ist im laufenden Haushalt sowie in der Finanzplanung des Bundes für die Ausfinanzierung der erfolgreichen Projekte getroffen worden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

68. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
**(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)**
- Wird sich die Bundesregierung im Rahmen der Prozesse innerhalb der Vereinten Nationen und der Europäischen Union dafür einsetzen, dass Menschen mit Behinderungen in einer Post-2015-Entwicklungsagenda explizit aufgenommen bzw. im Rahmen der globalen Nachhaltigkeitsziele berücksichtigt werden, und inwiefern befürwortet die Bundesregierung hierfür einen messbaren Indikator?

